

Stellung eines S.q. bedeutet, daß zu einer Lage zurückgekehrt wird, wie sie vor bestimmten Veränderungen bestanden hat. S. q. ante bellum ist eine Lage, die bis zu einem Krieg und den durch ihn herbeigeführten Veränderungen bestanden hat. Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges hat sich in Europa ein neuer S. q. herausgebildet, zu dem insbesondere die Existenz einer Reihe sozialistischer Staaten, einschließlich der DDR als souveräner sozialistischer Staat, gehört. Die Anerkennung des territorialen S. q. in Europa und die Gestaltung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten auf der Grundlage der uneingeschränkten Anerkennung der territorialen —» *Integrität*, der —\* *Souveränität* und Gleichheit aller europäischen Staaten ist ein Grundelement der Politik der Staaten des Warschauer Vertrages. Von dem auf ihre Initiative zustande gekommenen europäischen Vertragswerk sowie der am 1.8. 1975 Unterzeichneten Schlußakte der —» *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Helsinki 1975*, wurde die politische und territoriale Bilanz des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Europa gezogen und völkerrechtlich fixiert.

Statut: Satzung, Ordnung, schriftliche Festlegung von Regeln, die Organisation und Tätigkeit gesellschaftlicher Vereinigungen und Institutionen (auch internationalen Charakters) bestimmen. Das S. einer marxistisch-leninistischen Partei entspricht den Grundsätzen des —\* *demokratischen Zentralismus* und gewährleistet damit die politische, ideologische und organisatorische Einheit und Geschlossenheit der Partei, die hohe und bewußte Disziplin aller ihrer Mitglieder, die innerparteiliche Demokratie sowie die —» *Kollektivität* und persönliche Verantwortung des einzelnen als höchstes Prinzip der Arbeit der lei-

tenden Parteiorgane. Es sichert die ständige Erhöhung von Niveau und Effektivität der politischen Führungstätigkeit, der Parteilarbeit und des Parteilebens. Das S. der SED und das —\* *Programm der SED* sind bedeutende Dokumente der Partei, in denen die Leninschen organisatorischen Grundsätze und Normen des Parteilebens entwickelt und in Anwendung auf die neuen Aufgaben konkretisiert sind. Programm und S. bilden in der Tätigkeit der Partei eine untrennbare Einheit. Das S. der SED verallgemeinert die reichen Kampferfahrungen der SED, der KPdSU und der anderen Bruderparteien; als Grundgesetz der Partei gibt es eine kurze, wissenschaftlich formulierte Darlegung des innerparteilichen Lebens, des Aufbaus und der Formen der Organisation der Partei, der Methoden ihrer praktischen Tätigkeit, der Normen und Regeln des Parteilebens und der Führung der Partei. Es fixiert die Pflichten und Rechte des Parteimitgliedes und seine Rolle bei der Durchführung der Beschlüsse, bei der Verwirklichung des Programms der Partei. In ihm sind die grundlegenden organisatorischen Ansichten der Partei und die jeweils zweckmäßigsten, auf die Durchführung des Programms gerichteten organisatorischen Regeln, Normen und Formen der Parteilarbeit verankert. Mit dem S. gibt sich die Partei die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen zur Verwirklichung ihrer führenden Rolle. Das gültige S. wurde auf dem IX. Parteitag der SED im Jahre 1976 einstimmig angenommen.

Steuer: auf staatlichen Rechtsnormen beruhende Pflichtabführungen natürlicher und juristischer Personen sowie Personenvereinigungen an den Staat, die nicht mit einem Anspruch auf direkte Gegenleistungen verbunden sind und endgültig im Staatshaushalt zen-